

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplanes 2010 Bürgermeister Bernhard Richter

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Bürgerinnen und Bürger von Reichenbach,

vor fast genau einem Jahr habe ich Ihnen den Haushaltsplan für das Jahr 2009 vorgelegt. Schon damals habe ich in meiner Haushaltsrede auf die großen Unsicherheiten dieses Etats hingewiesen. Die weltweite Banken- und Finanzkrise hat seinerzeit so richtig Fahrt aufgenommen, und die ersten Auswirkungen waren für die Kommunen schon abzusehen. Das was dann wirklich kam, hat unsere Vorstellungskraft allerdings gesprengt. Schon im Januar 2009 waren wir mit massiven Steuer- einbrüchen konfrontiert. Die Bankenkrise wurde zur Weltwirtschaftskrise, und davon ist natürlich der ansonsten wirtschaftsstarke Raum Stuttgart besonders betroffen. Auch unsere Gemeinde wurde durch die Talfahrt tief erschüttert.

Noch im Januar dieses Jahres musste ich den damals eingebrachten Haushaltsplanentwurf wieder zurückziehen und mit stark veränderten Daten erneut einbringen. Die düsteren Prognosen sind nicht nur eingetreten, sondern wurden sogar noch im negativen Sinne getoppt. Was folgte, war ein bitteres Jahr 2009. Viele Dinge, die wir uns vorgenommen haben, wie z. B. den Einstieg in umfangreiche Straßensanierungen, den Hochwasserschutz am Reichenbach oder das Aufstellen eines Jugendhilfeplanes, konnten überhaupt nicht begonnen werden.

Wer geglaubt hat, dass dies ein kurzfristiges Problem ist, sieht sich leider getäuscht. Die Weltwirtschaftskrise schlägt auch im Jahr 2010 mit voller Wucht zu. Die Einbrüche bei der Gewerbesteuer und bei den Einkommensteueranteilen sowie bei den Zuweisungen vom Land sind so exorbitant, dass wir dies mit eigenen Einsparmaßnahmen nicht mehr auffangen können.

Im Gegenteil, das sehr gute Jahr 2008 mit hohen Steuereinnahmen wird jetzt für uns zu einem negativen Doppeleffekt für das Jahr 2010. Wir werden deutlich weniger Steuern einnehmen, aber durch die hohen Umlagen immense Ausgaben zu bewältigen haben. Dies führt letztendlich dazu, dass wir im Jahr 2010 unsere kompletten Rücklagen verbrauchen müssen.

Deshalb ist unsere finanzielle Leistungskraft für die nächsten Jahre mehr als ungewiss.

Große Sorge bereitet uns die Zukunft unseres größten und wichtigsten Unternehmens – der Firma Traub. Durch die Weltwirtschaftskrise ist vor allen Dingen der Maschinenbau kräftig gebeutelt. Andere Staaten, wie z. B. Japan, legen eigene Konjunkturprogramme zur Stützung von Schlüsselindustrien auf. So wird gerade der Maschinenbau von der japanischen Regierung aktiv gestützt. Einerseits bekommen Unternehmen günstige Kredite vom Staat, andererseits werden mit Staatskrediten auch Käufer – sogar ausländische Käufer – unterstützt. So etwas würde ich mir für Deutschland schon auch wünschen.

Der Maschinenbau ist eine Schlüsselbranche für das High-Tech-Land Baden-Württemberg. Alle Unternehmen in dieser Branche stehen im Moment mit dem Rücken an der Wand. Obwohl die Produkte stimmen, auf dem Weltmarkt sogar führend sind, fehlen im Moment die Aufträge. Derzeit behilft man sich noch mit der Kurzarbeit, diese ist aber nicht unendlich einsetzbar.

Meines Erachtens muss sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung alles tun, damit eine solche Schlüsselbranche nicht komplett untergeht. Hier steckt viel Know-How dahinter, welches unabdingbar ist, für die Vormachtstellung der Deutschen im Technologiesektor. Ich kann nur hoffen, dass wirksame Hilfen unbürokratisch und schnell angegangen werden. Ich sehe zwar ein, dass es sogenannte systemrelevante Banken gibt, die das Gesamtfinanzsystem gefährden würden, wenn man sie nicht unterstützt, ich sehe die Branche des Maschinenbaus aber ebenso als systemrelevant an. Der Unterschied liegt nur darin, dass einige Banken ihre Krise selbst verursacht haben, der Maschinenbau aber für seine derzeitige Situation wirklich nichts kann. Wir Reichenbacher haben hier besonders große Sorgen, da unsere sicher überdurchschnittliche Infrastruktur nur dann aufrecht erhalten werden kann, wenn auch entsprechende Steuereinnahmen den Gemeindesäckel füllen. Insoweit haben wir eine besondere Abhängigkeit in Bezug auf unsere Großunternehmen.

Das ist eine wirklich bittere Erkenntnis, da wir für diese Entwicklung selbst nicht verantwortlich sind. Wir werden uns auf die Dinge konzentrieren müssen, die unabdingbar notwendig sind. Dies sind vor allem solche Investitionen, die an Zuschüsse gekoppelt sind. Dabei möchte ich besonders betonen, dass wir nur solche Maßnahmen umsetzen, die wir sowieso angehen müssten. In der Gesamtbetrachtung muss sich ein Landeszuschuss auch wirtschaftlich positiv auswirken. Was wir auf keinen Fall tun, sind Dinge zu realisieren, damit wir einen Zuschuss bekommen. Nein – andersherum ist es richtig – wir definieren Dinge, die wir benötigen und schauen dann, ob wir einen Zuschuss dafür erhalten können. So haben wir dies auch in der Vergangenheit getan.

Einen solchen Zuschuss gab es z. B. für den Neubau unserer Kinderkrippe. Diese wird im Jahr 2010 voraussichtlich im Oktober in Betrieb gehen. Hierfür haben wir 240.000 Euro Investitionszuschuss vom Land erhalten. Betonen möchte ich dabei, dass ab dem Jahr 2013 ein Rechtsanspruch für alle Kinder zwischen eins und drei Jahren auf einen Krippenplatz oder auf eine Kleinkinderbetreuung besteht. Auch hier muss man schon kritisch hinterfragen, ob solche Rechtsansprüche im Hinblick auf die Weltwirtschaftskrise nicht möglicherweise ausgesetzt werden. Ansonsten sind alle Kommunen gezwungen, ihre Verschuldung deutlich nach oben zu treiben, da sie investieren müssen. Zusätzlich ist der Betrieb einer solchen Einrichtung auch noch mit erheblichen Defiziten verbunden.

Dies betrifft ebenso die Einführung des Orientierungsplans in den Kindergärten. Ich habe immer betont, dass ich vom Inhalt des Orientierungsplans, der die ganzheitliche Betrachtung des Kindes im Blick hat, absolut für richtig und notwendig erachte. Die Art und Weise, wie das Land Baden-Württemberg mit diesem Thema umgegangen ist, hat in der kommunalen Familie für großes Unverständnis und Ärger gesorgt. Es gilt eben mittlerweile das sogenannte Konnexitätsprinzip, das bedeutet, wer bestellt der bezahlt. Das heißt, wenn das Land Baden-Württemberg einen neuen Standard einführt, hat es auch die Folgekosten dafür zu tragen. Der Orientierungsplan war ein

Musterbeispiel, wie es eigentlich nicht gehen darf. Zuerst wurden Hoffnungen geweckt bei den Eltern, Schulungsmaßnahmen bei den Kommunen wurden bezuschusst, und es wurde angekündigt, dass der Orientierungsplan rechtsverbindlich eingeführt wird.

Nachdem eigentlich alles vorbereitet war, hat das Land aber einen Rückzieher gemacht, um nicht an den Kosten beteiligt zu werden. Es wurde umgeschwenkt auf eine sogenannte freiwillige Einführung. So kann es natürlich nicht gehen – so geht man auch nicht mit seinen Kommunen um. Zwischenzeitlich hat es wohl einen Kompromiss zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land gegeben, die genauen Details sind mir aber im Moment noch nicht bekannt.

So wie es aussieht, wird aber der Orientierungsplan im nächsten Jahr tatsächlich eingeführt, wie viel Mehrkosten für uns dabei entstehen, konnte noch nicht ermittelt werden.

Ein weiteres Thema im Bereich Bildung und Betreuung ist die Einführung der neuen Werkrealschule. Hier haben wir bereits einen Antrag gestellt, die Lützelbachschule in eine Werkrealschule umzuwandeln. Hierfür mussten wir einen Schulbezirk bilden, um die Zweizügigkeit und damit die „Eintrittskarte“ für diesen Schultyp zu bekommen. Besonders dankbar bin ich den Nachbargemeinden Hochdorf und Lichtenwald, die ebenfalls einen Schulbezirk beschlossen haben. Hätten Sie dies nicht getan, hätten wir keine Chance auf Genehmigung einer Werkrealschule gehabt. Wir werden alles daran setzen, dass wir nicht nur eine gute Schule entwickeln, sondern auch unsere bestehende Ganztageschule konsequent den Anforderungen anpassen. Hier muss meines Erachtens eine noch engere Verzahnung zwischen Schule und Betreuung stattfinden.

Eigentlich wollten wir in diesem Bereich Bildung und Betreuung in diesem Jahr einen Jugendhilfeplan erstellen. Aus finanziellen Gründen haben wir uns aber in der Strukturkommission darauf geeinigt, dies im Moment nicht umzusetzen. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben – ich denke, in der Zukunft werden wir uns diesem Thema nochmals widmen.

Die vom Bund aufgelegten Konjunkturprogramme prägen unseren Haushalt 2010 ebenso. Auch hier haben wir ausschließlich Maßnahmen angemeldet, die wir ohnehin umsetzen müssen und die einen nachhaltigen Erfolg erzielen. Dies sind im überwiegenden Bereich energetische Sanierungen. So werden wir im Schulzentrum den Bau 2 umfangreich sanieren. Ebenso werden wir die restliche Straßenbeleuchtung auf Energiesparlampen umstellen und in der Brühlhalle Energieeinsparmaßnahmen umsetzen. Zusätzlich haben wir die energetische Sanierung des Rathauses in einem Sonderkonjunkturprogramm angemeldet. Dies betrifft energetische Sanierung von Einzelgebäuden, die sich in einem Sanierungsgebiet befinden. Unser 45 Jahre altes Rathaus braucht dringend eine energetische Sanierung. Als Gesamtvolumen sind 900.000 Euro eingeplant, wovon das Land 540.000 Euro aus Bundessondermitteln beisteuert. Diese Gelder müssen wir allerdings kurzfristig abrufen. Deswegen werden wir im nächsten Jahr die kompletten Fenster des Rathauses erneuern. Mit diesen Gesamtmaßnahmen verbessern wir unsere Gebäudesubstanz in Schule und Rathaus, erzielen eine erhebliche Energieeinsparung und leisten somit auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Die Menschen – nicht nur in Reichenbach – werden immer älter. Auf das muss sich die Gesellschaft auch einstellen. Ich denke, hier hat Reichenbach sehr viel zu bieten. Eine große Lücke in unserer Infrastruktur werden wir im nächsten Jahr schließen, wenn im April unser neues Pflegeheim in Betrieb gehen wird. Dann haben wir ein umfassendes Angebot für die älteren Menschen hier am Ort. Insoweit können neben den betreuten Wohnanlagen und den Leistungen unserer Diakoniestation dann auch Menschen im Ort bleiben, die nicht mehr zu Hause betreut werden können. Wir sind auch gerade dabei, das betreute Wohnen zuhause in Reichenbach zu installieren. Hierfür müssen wir noch eine Lösung finden, die maßgeschneidert für unseren Ort ist. Erste Diskussionen im Gemeinderat haben diesbezüglich bereits stattgefunden. Auch hier denke ich, dass wir im nächsten Jahr einen großen Schritt weiter kommen können.

Aber auch die Wohnqualität in Reichenbach ist mir ein wichtiges Anliegen. Im Verdichtungsraum spielt dabei vor allen Dingen die Belastung durch Verkehr und Lärm eine wichtige Rolle. Vor allem in dem Sektor Lärm wird sich in nächster Zeit einiges tun. Die Bahn hat verbindlich zugesagt, für einen Großteil der Bahnstrecke einen aktiven Lärmschutz aufzustellen.

Diese Lärmschutzwand und das sogenannte Filstalbahnhofsprogramm sind der Grund, dass sich die Bahnhofsumgestaltung zeitlich verzögert hat. Zwischenzeitlich sind aber die Fakten, zumindest der Lärmschutzwand bekannt, deshalb haben wir bereits die Überplanung des Bahnhofsumfeldes vorgenommen. Auch hier sind Sanierungsmittel daran gekoppelt – insoweit sind wir gezwungen, diese Maßnahmen im Jahr 2010 umzusetzen. In diesem Zusammenhang werden wir auch versuchen, den Bereich der ehemaligen Gaststätte Post sowie der Deutschen Post einer Neubebauung zuzuführen.

Aber auch die B10, mit der nicht unerheblichen Verkehrsbelastung, haben wir im Blickpunkt. Im letzten Augenblick ist es mir noch gelungen, statt einer normalen Belagssanierung für Reichenbach den lärmindernden Belag durchzusetzen. Eine große Hilfe war dabei die Staatssekretärin Karin Roth, die letztlich diese Entscheidung getroffen hat. Zusätzlich werden wir in großen Teilen entlang der B10 auch noch eine aktive Lärmschutzwand erhalten. Auch hier hat sich das jahrelange hartnäckige Einfordern letztlich doch gelohnt.

Sie sehen, dass – obwohl wir kein Geld haben – große Aufgaben auf uns warten.

Um die Folgen der Wirtschaftskrise für unseren Gemeindehaushalt etwas abzufedern, haben wir bereits in der vergangenen Sitzung einige Einzelmaßnahmen beschlossen. So kommen wir nicht umhin, im nächsten Jahr einige Steuererhöhungen vorzunehmen. Wir bewegen uns aber trotzdem noch im Mittelfeld der Kreisgemeinden. Zusätzlich haben wir verwaltungsintern zahlreiche Haushaltsansätze gekürzt. Unter anderem entspricht der Ansatz der Personalkosten nicht den abgeschlossenen Verträgen, sondern vielmehr haben wir hier eine pauschale Kürzung vorgenommen. Dies ist eine sehr ehrgeizige Zielsetzung, sind doch die meisten Personalstellen zwischenzeitlich in der Kinderbetreuung. Wir werden trotzdem alles daran setzen, so sparsam wie möglich auch in diesem Bereich zu wirtschaften.

Ich möchte die gesamte Bevölkerung um Verständnis bitten, dass in nächster Zeit die Erwartungen, die sie an ihre Gemeinde haben, nicht erfüllt werden können. Aber ich denke, dass zwischenzeitlich jeder mitbekommen hat, dass wir uns in einer weltweiten Krise befinden. Hier können wir nicht einfach so weitermachen, als ob es diese Krise nicht gäbe.

Bedanken möchte ich mich bei all denen, die mithelfen, das „Gemeineschiff durch eine besonders schwere See“ zu führen. Insbesondere möchte ich mich auch bei denen bedanken, die sich in unserem Ort ehrenamtlich engagieren. Sie tragen damit ganz maßgeblich zu einer hohen Lebensqualität in unserem Ort bei.

Beim gesamten Rathausteam darf ich mich herzlich für die Mitwirkung bei der Aufstellung des Haushaltsplanwerks bedanken. Die Hauptlast hat zwar die Kämmerei getragen, mitwirken mussten in verstärktem Maße aber diesmal alle Ämter.

Wie immer wünsche ich mir eine sachliche und konstruktive Diskussion für die kommenden Haushaltsplanberatungen.